

# Muslime suchen die Anerkennung

**LANDESKIRCHE** Die Islamische Gemeinschaft der Schweiz will von den Kantonen öffentlich-rechtlich anerkannt werden. Damit würde sie zur Landeskirche.

LUKAS SCHARPF  
lukas.scharpf@luzernerzeitung.ch

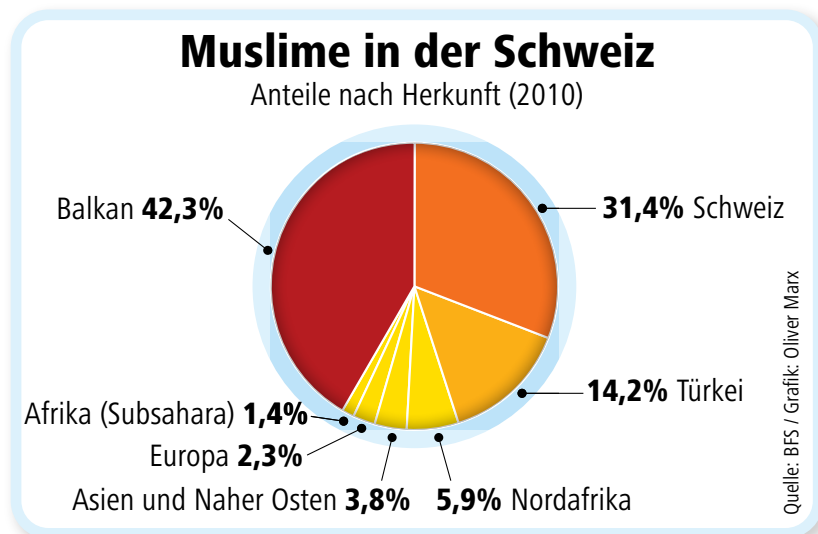
Rund 400 000 Muslime leben in der Schweiz. Das sind gut 5 Prozent der Wohnbevölkerung. Bereits vor fünf Jahren verkündete die Islamische Gemeinschaft in Luzern, dass sie die öffentlich-rechtliche Anerkennung des Kantons anstrebt. Dieser Status würde sie auf die gleiche Stufe wie die kantonalen Kirchen oder Landeskirchen stellen. Diese Anerkennung anderer Religionsgemeinschaften ist in Luzern seit der Verfassungsrevision explizit möglich. Das würde der Islamischen Gemeinschaft auch die Möglichkeit geben, Kirchensteuern einzuziehen und nach Anzahl Mitgliedern an den Kirchensteuern der Unternehmen teilzuhaben. Für Nicht-Muslime ändert sich dabei nichts. Die Kirchensteuer der Personen bezahlen die einzelnen Mitglieder an ihre jeweilige Gemeinschaft, und bei den Einkünften der Unternehmen würden die Erträge der anderen Landeskirchen etwas kleiner. Die Steuer bliebe aber gleich hoch.

Mit den Rechten kommen auch Pflichten auf eine Gemeinschaft zu: eine demokratische Struktur, transparente Finanzen, Anerkennung der Verfassung und die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Der geäusserte Wunsch in Luzern löste im ganzen Land kontroverse Diskussionen aus. Danach wurde es ruhig um das Thema – bis jetzt.

## Gutachten aus Luzern

Hisham Maizar, Präsident der Föderation Islamischer Dachorganisationen Schweiz (Fids) und aktueller Präsident des Schweizerischen Rats der Religionen, bringt das Thema wieder auf den Tisch. Zusammen mit dem zweiten überkantonalen Islamischen Verband hat er bei der Universität Luzern ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Adrian Loretan, Quirin Weber und Alexander Morawa gingen der Frage nach, ob die islamischen Religionsgemeinschaften in der Schweiz die rechtlichen und institutionellen Kriterien für die öffentlich-rechtliche Anerkennung durch die Kantone erfüllen. Ihre Antwort ist Ja.

«Grundsätzlich ist der Staat aufgrund der in der Verfassung verankerten Religionsfreiheit dazu verpflichtet, die Religionsvielfalt zu ermöglichen», sagt Studien-Koautor Quirin Weber. Basierend auf diesem Grundsatz, könne man keine Religionsgemeinschaft von der öffentlich-rechtlichen Anerkennung kategorisch ausschliessen. «Das verletzt das Gleichheitsprinzip», sagt Quirin Weber. Zudem glaubt er, dass der Ausschluss von relevanten Religionsgemeinschaften langfristig grössere Probleme schafft als



die kurzfristigen Schwierigkeiten beim Prozess der Anerkennung. Andererseits gäbe es auch keinen rechtlichen Anspruch auf öffentlich-rechtliche Anerkennung. Welche Formen der Anerkennung möglich sind und wie man sie erlangt, ist kantonal geregelt. Die Studie nennt aber vier strenge Kriterien, die erfüllt werden müssen: Eine Gemeinschaft muss auf einen dauerhaften Bestand eingerichtet sein. Sie muss über eine Mindestbestandszeit und eine gewisse Anzahl Mitglieder verfügen, über demokratische Strukturen verfügen und die Erfordernisse des schweizerischen Rechtsstaates erfüllen. Die Autoren gehen davon aus, dass die islamischen Gemeinschaften diese Kriterien erfüllen können.

## Pilotprojekt soll Ängste nehmen

Für Maizar ist klar, dass die Islamische Gemeinschaft die Bedingungen auch erfüllen will. «Wir sehen das als grosse Chance an und glauben, dass es viel Positives bringt für alle Beteiligten», sagt der Präsident der Fids. Gegner einer Integration des Islams in der Schweiz argumentieren oft mit der Scharia. Die islamische Rechtsprechung sei Pflicht für alle Muslime und mit der Schweizer Verfassung nicht vereinbar. «Versteht man die Scharia als System der Rechtsfindung, wie wir es tun, dann sehe ich kein Hindernis», sagt Maizar. Für ihn ist klar: «In einem Land wie der Schweiz verträgt es nur ein Gesetz und nicht zwei.» Dem müssen alle entsprechen. «Das Gesetz ist für alle gültig. Das ist auch genau einer der Gründe, warum wir uns um die öffentlich-rechtliche Anerkennung bemühen, entsprechend dem Gesetz», sagt Maizar.

Die öffentlich-rechtliche Anerkennung sei ein langer und auch schmerzhafter Prozess, sagt Gutachter Quirin Weber. Das werde Jahre dauern und nicht Monate. Er glaubt nicht, dass das Stimmvolk, das in den meisten Kantonen das letzte Wort haben dürfte, heute einer Anerkennung zustimmen würde. Es braucht einen intensiven Dialog. Deshalb wird die Anerkennung zuerst im Kanton Basel-Stadt angestrebt. Im urbanen und liberalen Kanton rechnet man sich grössere Chancen aus. Zwei alevitische islamische Gemeinschaften haben

## Buchvernissage in der Stadt Luzern

**PODIUM** slu. Am Mittwoch, 19. März, stellen **Adrian Loretan**, **Quirin Weber** und **Alexander Morawa** an der Universität Luzern ihr neues Buch «Freiheit und Religion – Die Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften in der Schweiz» vor. Im Anschluss an die Buchvernissage findet ein Podiumsgespräch zum Thema statt, an dem neben den Autoren der ehemalige Bundesgerichtspräsident **Guisep Nay** teilnimmt. Ebenfalls auf dem Podium vertreten sind die Auftraggeber des Gutachtens: **Farhad Afshar**, Präsident der Koordination Islamischer Organisationen Schweiz (Kios), und **Hisham Maizar**, Präsident der Föderation Islamischer Dachorganisationen Schweiz (Fids). Die Veranstaltung beginnt um 16 Uhr im Hörsaal 9 (im UG) an der Frohburgstrasse 3 in Luzern und ist öffentlich.

die einfache Anerkennung als Vorstufe bereits erhalten (siehe Nachfragefragt). Basel-Stadt soll dann als Beispiel für die islamischen Gemeinschaften in anderen Kantonen dienen, aber auch den Behörden und der Bevölkerung Ängste nehmen.

## Nicht den Kopf in den Sand stecken

«Man kennt vielleicht den Islam nicht, aber man lebt in der Schweiz jeden Tag Seite an Seite mit den Muslimen. Man kann darum nicht den Kopf in den Sand stecken und sich dem Dialog verschliessen», sagt Hisham Maizar. Er sei sehr erpicht auf eine echte Debatte und einen echten Dialog, sagt er. Im Moment werde das öffentliche Bild des Islams von populistischen rechten Scharfmachern einerseits und Extremisten wie vom Islamischen Zentralrat dominiert. Das müsse ein Ende haben. «Die Schweizer Gesellschaft hat verdient, dass man die Debatte nicht den Scharfmachern überlässt und nicht nur über Ängste spricht.»



Laut der Uni Luzern könnte der Islam zur Landeskirche werden. Im Bild: Muslime beim Gebet im türkisch-islamischen Zentrum in Ostermündigen.

Keystone/Peter Schneider



**Islamwissenschaftler Andreas Tunger zur Anerkennung des Islams als Landeskirche**

## Ist der gezeichnete Weg richtig?

slu. Sollen und können die islamischen Gemeinschaften in der Schweiz öffentlich-rechtlich anerkannt werden? Der Luzerner Islamwissenschaftler Andreas Tunger hat die Auslegung der neuen Buch «Freiheit und Religion» der Universität Luzern rezensiert.

**Andreas Tunger, die zwei islamischen Dachverbände der Schweiz wollen nun im Kanton Basel-Stadt sozusagen als Pilotprojekt die öffentlich-rechtliche Anerkennung anstreben. Halten Sie den eingeschlagenen Weg für richtig?**

**Tunger:** Das ist der Weg, den die Buchautoren skizzieren, und er ist auch in meinen Augen sinnvoll. Eine Anerkennung geschieht immer kantonal und sehr selten. Ein Testfall oder Pilotprojekt ist sowohl für die islamischen Gemeinschaften wie für die Behörden hilfreich.

**Warum Basel und nicht Luzern, die Islamische Gemeinde Luzern hat sich die öffentlich-rechtliche Anerkennung schon seit Jahren zum Ziel gesetzt.**

**Tunger:** Basel ist geeignet, weil es ein überschaubares Gebiet und städtisch ist. Man hat viel Erfahrung mit grosser Vielfalt auf kleinem Raum, auch mit dem Anerkennungsverfahren. Das ist in ländlichen Gebieten anders, wo in Gemeinden oft eine einzige Konfession dominiert. Basel hat zudem einen entscheidenden Vorteil für den Prozess.

**Der wäre?**

**Tunger:** Die Kantonsverfassung kennt nicht nur die öffentlich-rechtliche, sondern auch die einfache Anerkennung. Damit hat man einen Zwischenschritt. Es ist nicht ein grosser Sprung von null auf hundert. Dieser Zwischenschritt ist sinnvoll für beide Seiten. Er ist weit-

gehend symbolisch und schliesst zum Beispiel das Besteuerungsrecht noch nicht ein. Gleichwohl kann eine Gemeinschaft bereits zeigen, dass sie sich für die umfassendere Anerkennung eignet, dass sie Verantwortung und eine nützliche Rolle in der Zivilgesellschaft übernimmt. Sie tritt den Tatbeweis an, dass sie die relativ einfachen Vorgaben umsetzt – ohne gleich auf einen Schlag das

## NACHGEFRAGT

volle Programm erbringen zu müssen. Auch die Behörden können Erfahrungen sammeln und in der nächsten Phase darauf aufbauen und darauf verweisen.

**Können die islamischen Gemeinschaften die Vorgaben umsetzen?**

**Tunger:** Man hört bisweilen, «der Islam» lasse sich nicht wie eine Kirche organisieren. Dieses Argument ist relativ leicht zu entkräften. Wenn die islamischen Gemeinschaften den Status einer öffent-

lich-rechtlichen Körperschaft erreichen wollen, dann müssen sie ihre Strukturen im nichtkulturellen Bereich den gesetzlichen Anforderungen anpassen. Ich bin der Meinung, dass sie das können. In Österreich und verschiedenen deutschen Bundesländern ging das auch. Der Weg ist aber auf jeden Fall lang. Die Moscheegemeinden müssen die interne Professionalisierung der Strukturen noch über Jahre ausbauen und ebenso ihr Engagement im Alltag, da rechtliche Anerkennung im politischen Prozess einen Rückhalt durch gesellschaftliche Anerkennung braucht.

**Es gibt aber, wie bei römisch-katholischen Kirchen, Spannungen zwischen der Lehre und demokratischen Strukturen, die auch Gleichberechtigung der Geschlechter fordern.**

**Tunger:** Spannungen zwischen demokratischen Strukturen und dem «Kern» einer Religion sehe ich bei fast allen Religionen. Schliesslich wurden sie ja nicht als Vereine gegründet. Wenn eine Gemeinschaft aber den Willen zeigt, sich öffentlich-rechtlich aufzustellen, dann sollte der Staat sie beim Umbau ihrer Strukturen unbedingt unterstützen. Falls

die Muslime in der Schweiz während des Prozesses zum Schluss kommen, dass sie die öffentlich-rechtliche Anerkennung doch nicht wollen, ist auch das zu akzeptieren.

**Es gibt Ihrer Meinung nach keine Notwendigkeit, dass der Islam zur Landeskirche wird?**

**Tunger:** Es muss nicht unbedingt das Ziel sein – aus Sicht aller Beteiligten. Das Beispiel der zahlreichen Freikirchen zeigt, dass man auch ohne Anerkennung durch die Behörden eine vitale Gemeinschaft sein kann. Die islamischen Gemeinschaften müssen sich die Frage sehr bewusst stellen, ob sie den Status einer Landeskirche wollen. Ich glaube, man nimmt im Moment die Vorteile stärker wahr als die Nachteile. In jedem Fall soll man eine Gemeinschaft, die sich auf diesen Weg begibt, an ihren Taten messen.

HINWEIS

**Andreas Tunger** (53) ist Koordinator des Zentrums Religionsforschung der Universität Luzern. Islam in der Schweiz ist einer seiner Forschungsschwerpunkte. Den Link zur Buchbesprechung in der «Schweizerischen Kirchenzeitung» finden Sie auf [www.luzernerzeitung.ch/bonus](http://www.luzernerzeitung.ch/bonus)